

URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/artikel5389050/Kristina-Koehler-plant-Hochzeit-im-Februar.html>

## Neue Familienministerin Kristina Köhler plant Hochzeit im Februar

1. Dezember 2009, 11:19 Uhr

Kristina Köhler (CDU) ist kinderlos und unverheiratet, doch in ihrem neuen Amt als Familienministerin ist sie für Ehe und Familie zuständig. Für viele Kritiker ihrer Ernennung war das ein gefundenes Fressen. Zumindest einen der beiden Kritikpunkte schafft die junge Ministerin jetzt aus der Welt.



Foto: dpa

Schließen nach Medienberichten im Februar den Bund fürs Leben: Die neue Familienministerin Kristina Köhler (r.) und Ole Schröder, Staatssekretär im Innenministerium

Die CDU-Politikerin werde ihrem Lebensgefährten, Innen-Staatssekretär Ole Schröder (38/CDU), am 13. Februar 2010 in Wiesbaden das Ja-Wort geben, berichtete die Zeitung am Dienstag unter Berufung auf Vertraute des Paares.

Die Einladungskarten für die Hochzeit seien bereits verschickt. Eine Bestätigung dafür gab es in Berlin zunächst nicht. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Köhler hatte am Montag von Bundespräsident Horst Köhler ihre Ernennungsurkunde als Nachfolgerin von Ursula von der Leyen (CDU) bekommen, die nun das Arbeitsministerium führt.

Dass Köhler unverheiratet ist und keine Kinder hat, wurde von Kritikern als Argument gegen ihre Ernennung angeführt.

Zuletzt hatte der Sprecher des Arbeitskreises Engagierter Katholiken (AEK) in der CDU, Martin Lohmann, gekrittelt, die neue Ministerin habe sich selbst „weder politisch noch persönlich mit Ehe und Familie befasst“. Der AEK fordert von Köhler einen „mutigen Perspektivwechsel“. Kinder und ihre Bedürfnisse dürften nicht länger einer „Frauenerwerbsförderpolitik untergeordnet werden“, erklärte Lohmann. Köhler (CDU) solle den „wertvollen Beruf der Mutter erkennbar aufwerten“. So müsse der Staat Frauen, die sich für den „Familienberuf“ daheim entschieden, in gleicher Weise anerkennen wie Frauen in außerhäuslicher Erwerbsarbeit.

AEK erwarte von Köhler eine eindeutige Stärkung der elterlichen Freiheit durch subsidiäre Hilfen des Staates. Das Kind müsse Vorrang vor gesellschaftlichen Rollenverständnissen haben.